



Bundesministerium für Gesundheit, 53107 Bonn

Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V.
Wegelystraße 3
10623 Berlin
dkgmail@dkgev.de

Verband der Krankenhausdirektoren
Deutschlands e.V.
Oranienburgerstraße 17
10178 Berlin
vkdgs@vkd-online.de

Herrn Dr. Manfred Hunz
als Vorsitzendem der AG Krankenhauswesen
Ministerium für Soziales und Gesundheit
Mecklenburg-Vorpommern
Referatsleiter 330 - Krankenhauswesen
Dreescher Markt 2
19061 Schwerin
Manfred.Hunz@sm.mv-regierung.de

Angelika Huck
Ministerialrätin
Referatsleiterin

HAUSANSCHRIFT	Rochusstraße 1, 53123 Bonn
POSTANSCHRIFT	53107 Bonn
TEL	+49 (0)228 99 441-2497
FAX	+49 (0)228 99 441-4886
E-MAIL	angelika.huck@bmj.bund.de
INTERNET	www.bmj.bund.de

Bonn, 30. November 2009

AZ

**Betreff: Umsatzsteuerliche Behandlung von Zahlungen der Kommunen an Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft;
hier: Betrauungsakt der Kommune hinsichtlich Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse**

Bezug: 1. Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit vom 28. Mai 2009
– Z 33-4071-20/4A
2. Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 19. Oktober 2009
– IV B 8 – S 7200/07/10010

Anlage: 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Gespräche, die zur Abstimmung meines o. g. Schreibens vom 28. Mai 2009 zur Umsetzung der Anforderungen an den Betrauungsakt nach Art. 4 bis 6 der Freistellungsentscheidung (2005/842/EG) im deutschen Krankenhauswesen mit den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände geführt worden sind, wurde von diesen die Bitte an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) herangetragen, die Prüfung möglicher umsatzsteuerlicher Auswirkungen der Umsetzung der Freistellungsentscheidung zu veranlassen. Das BMG hat daraufhin hierzu das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zuständigkeitshalber um diese Prüfung gebeten.

Die Frage der umsatzsteuerlichen Behandlung von Zahlungen der Kommunen an Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft wurde auf diese Bitte hin durch das BMF in der Sitzung USt IV/09 mit den Referatsleitern Umsatzsteuer der obersten Finanzbehörden der Länder erörtert. Mit dem als Anlage 1 beigefügten Schreiben vom 19. Oktober 2009 hat das BMF dem BMG das Besprechungsergebnis mitgeteilt.

Danach ändert die (neue) beihilfenrechtlich formale Voraussetzung eines Betrauungsaktes nichts an den Voraussetzungen einer steuerbaren Leistung. Es muss somit nicht davon ausgegangen werden, dass durch eine schriftliche – auch detaillierte – Niederlegung der Zahlungen in einem Betrauungsakt regelmäßig ein steuerbarer Leistungsaustausch im Sinne des Umsatzsteuergesetzes entsteht.

Da sich durch das Erfordernis eines Betrauungsaktes nach dem Schreiben des BMF nichts an den bestehenden Voraussetzungen eines echten Zuschusses geändert hat, dürften der Umsetzung der in Artikel 4 bis 6 der Freistellungsentscheidung (2005/842/EG) vom 28. November 2005 genannten Anforderungen im deutschen Krankenhauswesen umsatzsteuerliche Hürden in der Regel nicht entgegenstehen.

Die konkrete Anwendung umsatzsteuerlicher Vorschriften im Einzelfall obliegt nach Art. 108 Abs. 2 des Grundgesetzes den Finanzbehörden der Länder. Das BMG kann daher über die Weitergabe der grundsätzlichen Würdigung des Sachverhaltes durch das BMF hinaus keine steuerrechtlichen Hinweise geben. Hierfür bitte ich um Verständnis.

Zur Erlangung von Rechtssicherheit im Einzelfall kann beim jeweils zuständigen Finanzamt nach § 89 Abs. 2 der Abgabenordnung die Erteilung einer verbindlichen Auskunft beantragt werden. Regelungen zu Form, Inhalt und sonstigen Voraussetzungen für einen solchen Antrag finden sich im Anwendungserlass zu § 89 der Abgabenordnung, den ich zu Ihrer Information als Anlage 2 beifüge. Besonders hinweisen möchte ich Sie auf die Bestimmung, dass verbindliche Auskünfte grundsätzlich nur für noch nicht verwirklichte Sachverhalte erteilt werden; deshalb sollte bei Bedarf die Einholung der verbindlichen Auskunft immer vor der endgültigen Verabschiedung des Betrauungsaktes erfolgen.

Die Kommunalen Spitzenverbände werden zeitgleich durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie über das Besprechungsergebnis des BMF und der Referatsleiter Umsatzsteuer der obersten Länderfinanzbehörden unterrichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

